

200 von 850 NRW-Moscheen ,auffällig salafistisch‘



Nach Erkenntnissen

der Polizeibehörden hat sich die Zahl der Salafisten unter den 10.000 Islamisten im letzten Jahr auf 1000 verdoppelt. NRW-Verfassungsschutzchef Burkhard Freier (Foto) zählt zehn Prozent der Salafisten zu den gewaltbereiten Dschihadisten, die häufig aus dem Ausland gesteuert werden. Radikale Einzelpersonen verbreiten im Internet sogar Anleitungen zum Bombenbau.

(Von Verena B., Bonn)

Regionale Schwerpunkte der Salafisten sehen die Polizeibehörden im Rhein-Ruhr-Gebiet und in den Städten Aachen, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Solingen und Wuppertal. Nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes sind 200 der 850 Moscheen in NRW „auffällig salafistisch“. Im Innenausschuss des Landtags stellte Freier klar, dass die Behörden ein besonderes Augenmerk auf Ausreisen in ausländische Ausbildungscamps legen. Bisher seien in NRW 20 Fälle bekannt, Rückkehrer gelten als besonders gefährlich.

Freier warnte vor einer Radikalisierung und Ausweitung der Salafisten-Szene. Dabei seien erst in zweiter Linie religiöse Motive für den Zulauf Jugendlicher verantwortlich. Häufiger gehe es um mangelnde Anerkennung, wenn sich Jugendliche auf die „Missionierungsarbeit“ einließen.

Der NRW-Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus, rechnete vor, dass mindestens 100 Salafisten in NRW als besonders extrem einzustufen seien. Angesichts der Bedrohungen sei es nur vernünftig, wenn der Ermittlungsdruck auf diesen Personenkreis erhöht werde. Deshalb sei es „schwer erträglich, dass die Überwachungsichte von McDonalds größer ist als alle öffentlichen Videoüberwachungen in NRW.“

Da fragt sich der ratlose Bürger: Was machen wir nur falsch? Wir sollten vielleicht diesen um Anerkennung buhlenden Jugendlichen schnellstmöglich Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik anbieten. Die Einstellungsquote für „gefährdete Personen“ im öffentlichen Dienst zwecks Sozialisierung kommt ja sicher auch demnächst.

(Quelle: Bonner General-Anzeiger vom 11. Januar 2013, Landespolitik, Seite 5)